

Der Widerstand im Raum Mannheim

Vortrag von Michael Caroli bei der VHS und dem Verein für Heimatgeschichte

Der Widerstand ist dieses Jahr ein besonders interessantes Thema, da sich am 20. Juli das gescheiterte Attentat auf Hitler durch Graf Staufenberg zum 70. Mal jährt. War dieser Umsturzversuch des militärischen Widerstands eine isolierte Aktion, oder gab es auch einen Widerstand der kleinen Leute, insbesondere im Raum Mannheim? Dies war das Thema des Vortrags des Stadthistorikers Michael Caroli, der 24 Jahre im Stadtarchiv Mannheim bzw. im Institut für Stadtgeschichte Mannheim tätig war und der bereits zu Studienzeiten bei Prof. Erich Matthias und mit Hermann Weber, Zeitungen zu Widerstand und Verfolgung im Raum Mannheim in der Nazizeit aufarbeitete.

Ein Widerstand war durchaus zu belegen. So wurde z. B. nachgewiesen, dass der Heidelberger Sozialdemokrat Emil Henk, der unter seinem Decknamen Rechberg nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 eine Widerstandsgruppe im Rhein-Neckar-Raum leitete, von Oktober 1934 bis Sommer 1936 im KZ Osthofen inhaftiert war. Später nahm er auch an den Treffen des Kreisauer Kreises teil. Der Zentrumspolitiker August Kuhn aus Mannheim wurde mehrmals von den Nazis degradiert und nach dem Attentat auf Hitler inhaftiert. Das Gründungsmitglied der SPD in Edingen und frühere Stadtrat, Julius Helmstädter, der u. a. Abgeordneter im Badischen Landtag war, machte aus seiner hitlerfeindlichen Gesinnung nie einen Hehl, wurde 1933 verhaftet und starb 1945 in Dachau. Ein Stolperstein vor dem Ständehaus in Karlsruhe erinnert an ihn.

Michael Caroli befasste sich ganz besonders mit der Haltung der kleinen Leute in Mannheim und im Mannheimer Raum zum Aufstieg Hitlers und der NSDAP. Schon bei den Reichstagswahlen 1932 war die NSDAP mit 30 Prozent stärkste Partei in Mannheim, hatte aber keine Mehrheit gegenüber Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum. Nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 ordnete dieser die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen an. Zur Widerstandsbewegung gehörten Politiker und Beamte, ehemalige Gewerkschaftsführer, Pfarrer, Lehrer und Offiziere. Nach dem Reichstagsbrand am 27. März 1933, kamen die Kommunisten in Misskredit. Polizeiliche Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Presseverbote und das Zerschlagen von Versammlungen wurden alltägliche Praxis. Ein „Schießerlass auf staatsfeindliche Personen“ wurde eingeführt. Die Widerstandsbewegungen mussten in den Untergrund. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewann die NSDAP auch in Mannheim an Stärke. Nach der Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ am 23. März 1933 mit Hilfe der bürgerlichen Parteien, wurde das Deutsche Reich ein „totalitärer Staat“. KPD und SPD wurden verboten, im Juli 1933 lösten sich die anderen Parteien selbst auf. Die Gestapo

verhaftete willkürlich, technische Hilfsmittel zur Überwachung der Menschen wurden eingesetzt, den Regimegegnern drohten Denunziation, Folter und Konzentrationslager. Bei der Abstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund haben sich trotz massivem Druck der NSDAP 15 Prozent entweder der Stimme enthalten oder mit nein gewählt. Nach dem Tod Hindenburgs wollte Hitler im August 1934 auch Reichspräsident werden. Bei der Abstimmung in Mannheim votierten bei 12 Prozent Enthaltung 23 Prozent gegen Hitler, eine Opposition war durchaus noch vorhanden. Die weiteren Reichstagswahlergebnisse und Abstimmungen des „Dritten Reiches“, die unter den politischen und psychologischen Bedingungen einer Diktatur stattfanden, zeigten eine steigende Zustimmung zur Politik Hitlers. Die kleinen Leute waren schon immer Gegner der Nazis, wenngleich nicht unbedingt von Widerstand gesprochen werden kann. Sondergerichtsakten belegen, dass allein in Mannheim rund 3000 Verfahren anhängig waren. Terrorurteile und Verhaftungen aus politischen, ethnischen und religiösen Gründen waren gang und gäbe. 75 Todesurteile wurden tatsächlich vollstreckt, davon 2 während des Zweiten Weltkriegs.

Der Referent nannte einige Regimegegner unserer Region, die in Schutzhaft genommen, in Konzentrationslager inhaftiert oder zum Tode verurteilt wurden: Pfarrer Franz Sattelman aus Plankstadt, Pfarrer Westermann und Pfarrvikar Anton Spies aus Ketsch. Spies starb 1945 in Dachau. Die Schwetzingerin Maria Schäfer wurde wegen „fortgesetzter Hetze“ gegen den Nationalsozialismus zum Tode verurteilt. Nach der Zerschlagung eines Verteilerkreises verbotener sozialdemokratischer Schriften im Bezirk Mannheim, wurde u. a. der Schwetzingen Karl Friedrich Schweiger verhaftet und zu mehreren Jahren Gefängnis bzw. Zuchthaus verurteilt. Schweiger wurde danach nach Dachau deportiert, wo er 1940 starb. Der Mannheimer Georg Lechleitner leitete eine Widerstandsgruppe aus Sozialdemokraten und Kommunisten zur Verteilung von Flugblättern, wurde 1942 mit seinen Mitstreitern verhaftet und zum Tode verurteilt. Zeugen Jehovas wurden verhaftet und misshandelt, z. B. die Neulußheimer Karl Bühler und Heinrich Ballreich und der Hockenheimer Werner Allenberger wurden wegen Kriegsdienstverweigerung zum Tode durch Erschießen verurteilt. Zehn Prozent der Naziopfer waren Kommunisten.

Referent Michael Caroli schloss seinen Vortrag mit der Forderung: Das Gedenken an den Widerstand muss lebendig bleiben.

In der anschließenden Diskussion, die Vorsitzender Alfred Rupp leitete, informierte dieser, dass zum Gedenken an Werner Allenberger im November 2013 ein „Stolperstein“ gelegt worden war. Ebenso verwies er auf den Hockenheimer Karl Stoll, der wegen einer Klebeaktion verhaftet und im Hockenheimer Rathaus misshandelt worden war. Im Mannheimer Landesgefängnis ist Karl Stoll bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen. Auch im sogenannten „Heldenkeller“ im „Adler“ seien viele Regimegegner gefoltert worden.